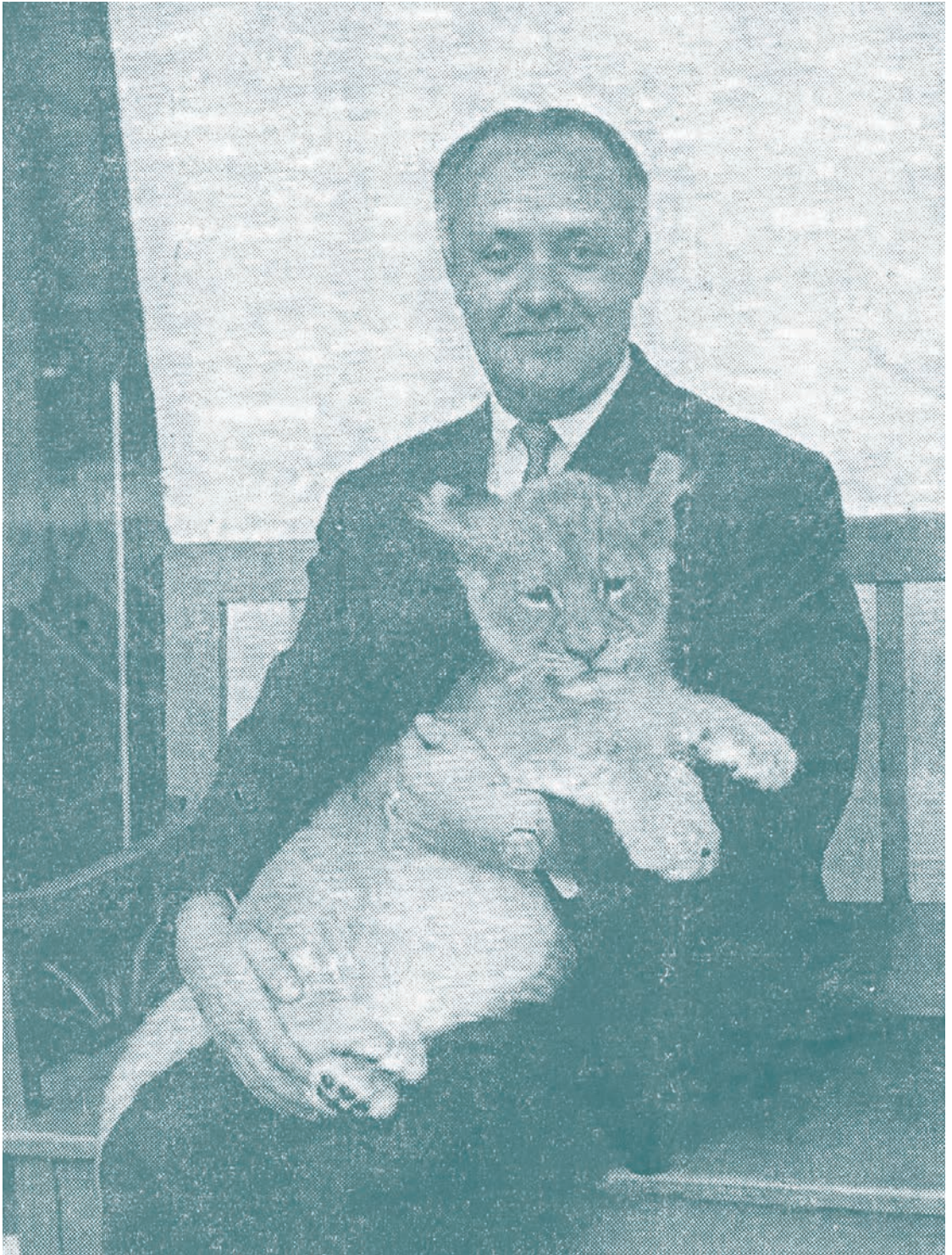

RÜSTUNGSHILFE FÜR NASSER

Anfang der 1960er Jahre wurde Zürich zur Drehscheibe für die nukleare Aufrüstung Ägyptens. Der Zürcher Hassan Sayed Kamil, Sohn eines Ägypters und einer Schweizerin, vermittelte ganz legal Maschinenmaterial sowie das Expertenwissen von Ex-Nazis. Die Öffentlichkeit war empört, der Bundesrat aber verhielt sich still. Warum bloss? Endlich liegt eine Lösung des Rätsels vor.

Von Hannah Einhaus



Jäger und Waffenhändler Hassan Kamil im Jahr 1964.

Hassan Sayed Kamil war ein Mann von Welt. Der Multimillionär lebte in einer Villa am noblen Zürichberg, jagte in Rumänien und fischte in Kanada. Noch wichtiger für ihn waren jedoch drei Dinge: Als an der ETH diplomierter Maschineningenieur hatte er erstens einige Jahre für die Schweizer Waffenfabrik Bührle gearbeitet und war entsprechend gut über Schweizer Grenzen hinaus in der Rüstungsbranche vernetzt. Er kannte zweitens die Lücken des Schweizer Gesetzes und hatte drittens einen direkten Draht zu Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser. 1960 baute er, 42-jährig, die Schweizer Tarnfirmen Meco AG und Motoren, Turbinen und Pumpen (MTP) AG auf. Mit diesen benutzte er ab 1960 die neutrale Schweiz als diskreten Umschlagplatz für die Aufrüstung des mächtigsten Staates im Nahen Osten.

Während Jahren gelang es Kamil, ein Ende 1955 erlassenes Embargo gegen Waffenlieferungen aus der Schweiz in den Nahen Osten elegant zu umgehen: Der Abschluss eines Handelsvertrags für Kriegsmaterial zwischen Ägypten und westeuropäischen Firmen versties nicht gegen das Gesetz, solange es sich um keine Schweizer Firma handelte und die Waren nicht Schweizer Boden berührten. Jene schweizerischen und deutschen Firmen, die «nur» Werkzeuge, Schrauben, Maschinen und Verbrauchsgüter nach Ägypten exportierten, handelten ebenfalls legal, auch wenn sich aus ebendiesen Maschinenteilen später Waffen bauen liessen. Als Stellenvermittler schliesslich beging Kamil ebenfalls keine Straftat. Per Chiffre rekrutierte er Hunderte von Fachleuten aus Deutschland und Österreich und vermittelte sie nach Ägypten. In der Schweiz wohnten sie ausschliesslich in Hotels, die sie alle vier Wochen wechseln mussten. So umging Kamil geschickt auch die Fremdenpolizei.

Auftraggeber Nasser plante bereits seit der Suezkrise 1956 eine eigene Luftwaffe, einschliesslich eines nuklearen Raketenprogramms. Die ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich kamen für ihn als Aufrüstungshilfe nicht infrage. So holte sich Nasser unter anderem via Kamil das nötige Know-how ab Ende der fünfziger Jahre aus Deutschland und Österreich. Einige der 350 Ingenieure hatten einst im «Dritten Reich» hohe Ränge in der SS bekleidet und unterstützten offenherzig das Ziel, die Ausrottung der Juden zu Ende zu bringen. Als tüchtiger Geschäftsmann hatte Ka-



«Zielbewusste Kampagne zur Zerstörung meines Rufes». Kamil gibt am 10. Juli 1964 im Zürcher Kongresshaus eine Pressekonferenz.

mil keinerlei Berührungsängste, wenn es darum ging, mit hochrangigen Ex-Nazis zusammenzuarbeiten. So setzte er den ehemaligen SS-Standartenführer und Flugzeuginstrukteur Ferdinand Brandner als Geschäftsführer seiner MTP AG ein. Durch die Vermittlung Kamils fand auch der Arzt Hans Eisele als Vertrauensarzt Unterschlupf in Ägypten. Eisele war bekannt als «Schlächter von Buchenwald», wo er an Häftlingen medizinische Experimente, zum Teil ohne Betäubung, mit tödlichem Ausgang durchgeführt hatte.

Erstmals publik wurde dieser diskret abgewickelte Waffendeal in einem Strafprozess von März bis Juni 1963 in Basel gegen die zwei Mossad-Agenten Joseph Ben-Gal und Otto Joklik. Gemäss einer

dort erstellten Expertise hatten es die Ägypter in der Hand, mit der radioaktiv angereicherten Substanz Kobalt-60 Israel flächendeckend über mindestens eine Generation hinweg unbewohnbar zu machen. Der Prozess in Basel sorgte dementsprechend für grossen Wirbel in der damals meist israelfreundlich gesinnten Öffentlichkeit. Seit dem Eichmann-Prozess im Jahr 1961 war auch der breiten Bevölkerung das Ausmass des Holocausts bewusst geworden.

Die Behörden des Kantons Zürich und des Bundes hielten still. Eine stringente Erklärung ist erst jetzt, nach Freigabe der Dokumente im Bundesarchiv, zutage gekommen. Dementsprechend löste die Vorstellung einer zweiten Auslöschung der Juden Entrüstung und die ausbleibende Reaktion der Behörden auf Kamils Dreiecksgeschäfte Empörung aus. Dies galt auch für den Anwalt und Publizisten Manfred Kuhn. «Wenn Tel Aviv brennt, dann wird die Welt wissen, dass die Brandbomben dieses Massenmordes aus schweizerischen Händen nach Kairo transportiert wurden», schrieb er am 5. April 1963 in der *National-Zeitung*. Die Schweiz sei dem Waffenhandel nicht einfach ausgeliefert, sondern nutze ihren gesetzlichen Spielraum gegenüber Kamil zu wenig. Die bisherige passive Haltung der Behörden bezeichnete Kuhn als indirekte Hilfe für den Waffentransfer. Am 18. Juni 1964 schlossen sich 317 Professoren von mehreren Schweizer Universitäten zusammen und forderten in einem ganzseitigen Inserat in der *Neuen Zürcher Zeitung* ein Ende der Schweizer Rüstungshilfe an Ägypten. Das Inserat appellierte an die Moral: «Es genügt nicht, dass wir lediglich das rechtlich Verbotene nicht tun.»

Zwei Mitarbeiter Kamils, Willi Naef und Johann Neeser, wurden hellhörig, als sie erstmals realisierten, dass ihr Chef tief in Waffengeschäfte mit Nasser verstrickt war. Der Transfer von Spezialisten und Maschinenteilen aus Deutschland via Zürich nach Ägypten, die Unterstützung ehemaliger Nazigrößen wie Brandner und Eisele, die atomare Aufrüstung gegen Israel sowie Nassers Ruf nach der Zerstörung des jüdischen Staates: All dies liess bei Naef und Neeser trotz aller Loyalität

«Wenn Tel Aviv brennt, wird die Welt wissen, dass die Brandbomben aus schweizerischen Händen nach Kairo transportiert wurden.»

gegenüber dem Arbeitgeber Skrupel aufkommen. Die beiden begannen heimlich Akten zu kopieren, verkauften die Informationen dem israelischen Geheimdienst und nahmen weitere Aufträge entgegen. Als Kamil die Aktivitäten seiner Untergebenen durchschaute, klagte er sie 1964 wegen Verletzung von Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnissen an. Manfred Kuhn, der Kamils Geschäfte mit Ägypten kannte, wurde ihr Verteidiger. Kuhn verglich Neeser in einem Interview mit einem Dieb, «der einem Mörder, der kaltblütig einen Mord auszuführen wünscht, die Pistole stiehlt». Es sei unmöglich, seinen Klienten anzuklagen, nur «weil er ein ernstes Verbrechen verhindert» habe.

Auf politischer Ebene wurde der Zürcher Kantons- und Nationalrat Werner Schmid vom Landesring der Unabhängigen aktiv. Wie sein Parteikollege Kuhn suchte er nach Möglichkeiten, Gesetzeslücken zu schliessen, um Kamil das Handwerk zu legen. Spielraum bot ein Artikel, der den Waffenhandel und das Waffenembargo im Zusammenhang mit dem Nahen Osten regelte. Sollten zudem Kamils Geschäfte die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährden, konnte er laut Artikel 70 ausgewiesen werden.

Kurz nach dem Urteil im Basler Fall von Ben-Gal und Joklik am 12. Juni 1963 reichte Schmid im Zürcher Kantonsparlament eine Interpellation mit der Frage ein, warum Kamil nicht aus der Schweiz ausgewiesen werde. Die Kantonsregierung negierte in ihrer Antwort vom 9. September 1963 diesen Spielraum, gelobte aber Massnahmen im Fall der Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Eidgenossenschaft. Das Magazin *Beobachter*

kommentierte lakonisch: «Wann wird gehandelt und nicht nur gemächlich «abgeklärt?»»

Kamil sah sich gezwungen, seine Position darzulegen, und berief am 10. Juli 1964 eine Medienkonferenz im Zürcher Kongresshaus ein. «Sommerliche Schwüle lag über dem Konferenzsaal», berichtete das *Israelitische Wochenblatt*. «Nur dank der Beherrschtheit der eingeladenen Teilnehmer blieb die Stimmung in erträglichem Rahmen.» Kamil zeigte sich empört und bezeichnete Kuhns Artikel über seine Rolle in Ägypten als «zielbewusste Kampagne zur Zerstörung meines Rufes

wendige Vollmacht hatte er von keinem Geringeren als dem SS-Arzt Hans Eisele erhalten.

Anders als die breite Öffentlichkeit hatte der Bundesrat keine moralischen Bedenken, mit Kamil zusammenzuarbeiten. Im Gegenteil. Das Eidgenössische Politische Departement (EPD) – das Aussenministerium – liess Kamil in diesen Jahren nicht nur gewähren, sondern bemühte sich aktiv um eine Zusammenarbeit. Diese begann bereits 1963, in den Monaten vor dem Basler Prozess.

Wie sich heute, nach 50 Jahren, anhand freigegebener Protokolle nachweisen lässt, hatte Kamils



Der angeklagte Mossad-Agent Joseph Ben-Gal (links) verlässt am 11. Juni 1963 das Basler Gerichtsgebäude.

sowie zur Stilllegung meiner Tätigkeit». Die Schweizer Behörden hätten ihm eine Unbedenklichkeitserklärung abgegeben. An der Medienkonferenz händigte Kamil eine entsprechende Liste aus. Nach seinen Angaben belieferten 338 Firmen zwischen Mai 1960 und Juni 1964 sein Unternehmen MTP. Kamil lieferte an 74 Firmen für den Betrag von 10 000 Franken und mehr. Wenige Tage nach Kamils Medienkonferenz brachte die *Solothurner Zeitung* ein pikantes Detail an den Tag, das die angebliche Harmlosigkeit Kamils klar widerlegte. Gemäss diesem Bericht hatte der MTP-Geschäftsführer und frühere SS-Standartenführer Ferdinand Brandner Unmengen von medizinischem Material einkaufen wollen. Die dafür not-

Anwalt und Schwager Hans Lott vom EPD-Generalsekretär und Botschafter Pierre Micheli an einer Sitzung am 20. Mai 1963 im Bundeshaus grünes Licht für Kamils Geschäfte mit Ägypten erhalten. Dies bedeutet, dass der Bundesrat die Machenschaften des Ägypters für unbedenklich hielt. Der EPD-Chefbeamte Raymond Probst bemerkte dort: «Das EPD wendet das Gesetz an und fällt keine moralischen Urteile.» An mehreren Sitzungen 1963 und 1964 trafen sich Vertreter des Aussen-, des Militär- oder des Justizdepartements mit Kamil oder Lott. Die Sitzungen endeten

jeweils mit der Bestätigung, die Geschäfte der MTP AG seien rechtens. Generalsekretär Micheli betonte an der erwähnten Besprechung vom 20. Mai 1963, es bestehe «kein Grund, die Tätigkeit des Herrn Kamil oder der MTP als unerwünscht zu bezeichnen». Bundesrat Traugott Wahlen habe ihn damit beauftragt, mitzuteilen, dass sich diese Frage gar nicht stelle.

Die Zurückhaltung des Bundesrats und das Unterbleiben der in der Öffentlichkeit oft geforderten Ausweisung Kamils hatten handfeste wirtschaftliche Gründe: Nasser hatte nach seiner Machtübernahme 1956 Industrieunternehmen, Banken sowie Import- und Exportfirmen nach und nach verstaatlicht, auch solche in ausländischem Besitz. Davon

Die Zurückhaltung des Bundesrates und die unterbliebene Ausweisung Kamils hatten handfeste wirtschaftliche Gründe.

betroffen waren auch einige Schweizer Firmen wie die Zementfabrik des Industriellen und FDP-Nationalrats Max Schmidheiny.

Der Bundesrat und die betroffenen Firmen forderten Entschädigung. Wie sich heute, über 50 Jahre später, nach Freigabe der Bundesakten herausstellt, begannen im April 1962 unter der Leitung von Raymond Probst Verhandlungen mit der Regierung Nasser. Derselbe Chefbeamte Probst verhandelte mit Kamils Anwalt. Die Gerichtsfälle Ben-Gal/Joklik und Naef/Neuser fielen genau in den Zeitraum dieser Verhandlungen und kamen der Verwaltung kaum zupass. Die Gespräche endeten nach mehreren Unterbrüchen am 20. Juli 1964, und die Schweiz erhielt von Ägypten die Zusage für Entschädigungen im Umfang von vierzig Millionen Franken. Die Ratifizierung durch das ägyptische Parlament stand noch aus. Eine Vermittlung in dieser Sache durch Kamil ist nicht auszuschliessen: Er kannte Ägypten und die Schweiz, sprach perfekt die Sprachen beider Länder, war eng vernetzt in der gesamten Maschinen- und Motorenindustrie – und war gut befreundet mit Nasser.

Diese Umstände wären jedenfalls eine plausible Erklärung für den bemerkenswert schonenden Umgang der Schweizer Behörden mit Kamil. Micheli berief am 19. August 1964 eine interdepartementale Sitzung ein. Gemäss einem vertraulichen Protokoll stand dort eine Ausweisung nicht zur Debatte. Der Vertreter des EPD räumte vielmehr ein: «Wenn wir Kamil ohne seriöse Gründe ausweisen, so müssen wir mit ägyptischen Repressalien rechnen.» Es gelte, die Ratifizierung vom November abzuwarten. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass der

Bundesrat das Abkommen mit Ägypten nicht durch eine ablehnende Haltung gegenüber Kamil gefährden wollte.

Weitere Ermittlungen erübrigten sich Ende 1965, als Kamil die MTP AG auflöste, weil diese nicht mehr als Drehscheibe zwischen Ägyptens Präsidenten und deutschen Raketen- und Flugwaffenexperten gebraucht wurde. Nasser hatte sich auf einen neuen Waffendeal mit der Sowjetunion eingelassen; im gleichen Jahr hatte die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen mit Israel aufgenommen. Unverändert blieben die Gesetze um das Waffenausfuhrverbot sowie die Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit. Kamil lebte unbehelligt in seiner Villa am Sonnenhang Zürichs weiter. | G |



Hannah Einhaus,

Jahrgang 1962, hat in Zürich Geschichte und Politologie studiert und arbeitet seit über zwanzig Jahren als Journalistin. Auf bisher unveröffentlichte Quellen zur Kamil-Geschichte stiess sie im Rahmen der Recherchen für ihre Biografie über Georges Brunschvig, den langjährigen Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG).



Weiterführende Literatur

Hannah Einhaus: Für Recht und Würde. Georges Brunschvig: Jüdischer Demokrat, Berner Anwalt, Schweizer Patriot (1908–1973). Chronos 2016.

Prisca Zingg: Diplomatischer Erfolg in Ägypten. Das Schweizerisch-ägyptische Entschädigungsabkommen, 20. Juni 1964, in: Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.): Gouvernementale Aussenpolitik. Bern 1999.